

Erfurt, d. 14.04.2015

# Pressemitteilung

## **Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Mitsprache! Das sichert ihnen die UN-Konvention über die Rechte des Kindes zu.**

**Für den Deutschen Kinderschutzbund Thüringen ist damit die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein deutliches Zeichen für mehr Mitbestimmung von jungen Menschen in Thüringen.**

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Kinderschutzbundes Thüringen hat sich am 14.04.2015 mehrheitlich für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre in Thüringen ausgesprochen. „Wir sehen darin eine längst überfällige Maßnahme hin zu mehr Beteiligung und Demokratie für die jüngere Bevölkerungsgruppe in unserem Land“, sagt der Vorsitzende, Dr. Rainer Benkmann. Nach der UN-Konvention über die Rechte des Kindes ist ihnen im Artikel 12 Beteiligung und Mitsprache zugesichert. Doch die Realität sieht leider anders aus! Ungeachtet der Qualität von Mitsprache im Elternhaus, in Einrichtungen oder der Verwaltung: „Wir müssen uns stärker der Debatte stellen, wie wir Kinder und Jugendliche zukünftig entsprechend der demokratischen Rahmenbedingungen im politischen System und für mehr Demokratie beteiligen wollen“, so Dr. Rainer Benkmann weiter.

Für die Absenkung des Wahlalters sprechen aus Sicht der Mitglieder einige Gründe. Ganz oben steht, dass sich junge Menschen in einer schnelllebigen und komplexen Gesellschaft mit Anforderungen konfrontiert sehen, die es früher so nicht gab. Sie sind gefordert frühzeitig eigenständig Entscheidungen für ihr späteres Leben zu treffen, wie in der Berufs- und Studienwahl. Zudem arbeiten Sie teilweise bereits und erwirtschaften so auch das Sozialprodukt mit. Sie sind aber auch Konsumenten im Marktsystem gerade im Medienbereich und damit verbundener technischer Erzeugnisse wie auch Zielgruppe der Werbeindustrie. Das und viel mehr wird jungen Menschen zugetraut, manchmal zugemutet. Demgegenüber wird unverständlich betont, dass für die Wahl ein gewisser Reifegrad nötig ist – zum Arbeiten oder als Konsument nicht?!

Auch der demografische Wandel ist ein wichtiger Grund für die Absenkung des Wahlalters, denn eine immer älter werdende Bevölkerung kann ihre Interessen politisch artikulieren und durchsetzen. Ein Sechstel der Bevölkerung (Kinder und Jugendliche) hingegen ist so von einem demokratischen Grundrecht ausgeschlossen. Eine Rente mit 63 Jahren wäre mit einer Zielgruppe unter 18 Jahren seitens der Politik anders diskutiert worden. Dieses Beispiel zeigt, wie Entscheidungen unter dem aktuellen System zugunsten einer Bevölkerungsgruppe getroffen werden können, ohne die (später) Betroffenen zu beteiligen.

Ganz praktisch können junge Menschen auch vielmehr auf das Thema Wahlen vorbereitet werden. Sie stehen mit 16 häufig in Lebenskontexten wie Schule oder Ausbildung. Hier kann die Wahl als Beteiligungsform in der demokratischen Gesellschaft besprochen und somit junge Menschen heran geführt werden. Und oft wird an dieser Stelle das Argument dagegen gehalten, dass junge Menschen nicht politisch interessiert seien. Wer jedoch mit jungen Menschen zu tun hat, weiß genau, dass diese sehr wohl politisch interessiert sind. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein Drittel der Jugendlichen sich in ihrer Freizeit für soziale oder gesellschaftliche Zwecke einsetzen. Es ist nur die Frage, wie ernst sie mit ihren Meinungen

genommen werden und welche Möglichkeiten ihnen bereits im jüngeren Alter geboten werden. Ganz besonders müssen sie erleben, dass das was sie entscheiden auch Wirkung zeigt und, dass sie nicht als Alibi gelten. Damit kommt der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention hinsichtlich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen besonders in ihrem direkten Lebensumfeld die bedeutendere Aufgabe zu. Das Wahlalter ist ein positives politisches Zeichen, dessen Bedeutung junge Menschen soziologisch betrachtet auch mit 16 Jahren erfassen können.

Auch sei daran erinnert, dass das Wählen mit 18 nicht selbstverständlich war: In der Bundesrepublik führte es Willy Brandt unter dem Programm "Mehr Demokratie wagen" ein. Seit 1970 dürfen nun 18-jährige wählen!

Und: Keine Angst vor der Stärkung von extremistischen Parteien! Die U-18-Wahl zeigt für Thüringen zur Landtagswahl 2014 keine Ausschläge in diese Richtung, die nicht auch seitens der Erwachsenen präsentiert werden. Also: nur Mut bei mehr Beteiligung von jungen Menschen!

Mehr Informationen unter:



**die lobby für kinder**  
Landesverband Thüringen e.V.

Johannesstraße 2, 99084 Erfurt

Telefon: 0361/653 194-83 / Fax: -81

[www.dksbthueringen.de](http://www.dksbthueringen.de)

E-mail: [post@dksbthueringen.de](mailto:post@dksbthueringen.de)